

Die Streikenden sind sich über ihre Forderungen selbst nicht im Klaren.

Das Schandau. Ein falscher Grenzbeamter replizierte in Krippen die Ausweispapiere der nach der Tschelch-Slowakei Zurückreisenden. Der Krippener Gemeindeparkwart wurde ebenfalls von ihm angehalten. Im Vorkelwig nahm der Kurier einem jungen Mann die Wäpeler und gegen 160 Mk. ab. Aus Veranlassung darüber stürzte sich der Geschädigte nach dem Fenster und erlitt schwere Verletzungen. Den polizeilichen Bemühungen gelang es, die Verlesenen des falschen Grenzbeamten festzunehmen. Es war der Maschinenführer Richter, der beim Bahnbau in Proffen beschäftigt und aus Neustadt i. Sa. gebürtig ist. Er wurde in Neustadt verhaftet.

Freiburg. Der Stadtrat hat beschlossen, aus Spargelwäldern den Betrieb auf dem Schlachtbock zunächst verkehrswegs Sonnabends und Montags vormittags für den öffentlichen Verkehr zu schließen.

Wickau. Als der 20 Jahre alte Innenleuchter W. der am Hauptmarkt als Untermieter bei dem 75 jährigen Versicherungsagenten Klüglich wohnte, in seinem Zimmer mit einem Revolver hantierte, entlud sich die Waffe unversehens und das Geschoss drang Klüglich, einem Veteranen von 1870/71, in den einen Oberarm und verriß ihm die Hauptschlagader. Trotz der sofortigen Hilfe starb der alte Mann in kurzer Zeit an Verblutung. W. wurde verhaftet, anderen Tages aber wieder entlassen.

Chemnitz. In der vergangenen Nacht wurde der Tischlermeister Schubert im benachbarten Rottluff von seinem Sohn, dem Tischlergesellen Alfred Schubert, mit dem er Stehlens halber auf die Felder gegangen war, durch Hammerschläge ermordet. Der Täter wurde verhaftet und gibt als Grund zur Tat an, daß der Erschlagene die Familie immer lieblos behandelt habe. — Das „Ch. Tgbl.“ berichtet über die Mordtat folgende Einzelheiten: In Rabenstein wurden Freitag morgen in der 7. Stunde von einem landwirtschaftlichen Arbeiter hinter dem Neuen Friedhof Blutspuren gefunden, die nach einem Felde (Sturader) führten, der eine glatte Stelle zeigte. Der Verletzte vermutete, daß an dieser Stelle irgend etwas veranlassen sein müsse. Er grub nach und brachte eine Leicheutage, die noch warm war und am Kopfe blutete. Der tote wurde bald als der Tischlermeister Schubert aus Rottluff identifiziert. Staatsanwaltschaft und Gendarmen waren alsbald zur Stelle. Nach kurzen Erörterungen verhaftete sich der Verdacht gegen den 22 jährigen Sohn des Ermordeten, den Tischlergesellen Alfred Schubert. Nach anfänglichem Leugnen legte dieser schließlich dem erschienenen Staatsanwalt ein umfassendes Geständnis ab, wobei er als Grund zur Tat angab, daß er seine Mutter und sich selbst von dem Vater befehlen wollte, der immer lieblos gewesen sein soll. Schubert jun. wurde in der verflochtenen Nacht in der zweiten Stunde von seinem Vater aufgefördert, mit ihm Stehlens halber in die Felder zu gehen. Er nahm diese Gelegenheit wahr und hat seinen Vater hinter dem Friedhof in Rabenstein mit einem mitgenommenen Hammer wiederholt auf den Kopf geschlagen, so daß dieser bewußtlos hinfiel. Den Bewußtlosen drohte er dann mit einer Schür, schleifte den Leichnam nach dem Felde und vergrub ihn dort. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß der Ermordete ein verbitterter Mensch war, der Frau und Sohn das Leben oft sehr schwer machte. Nach Entdeckung der Tat nahm die Polizei mit ihren Hundes sofort die Verfolgung der Spur auf. Die Tiere verhafteten Schubert jun., der augenblicklich festgenommen wurde. Angesichts seines toten Vaters leugnete er zunächst die Tat. Als man ihn auf die Blutspuren in seinen Kleidungsstücken aufmerksam machte, behauptete er, daß es kein Blut, sondern Farbe sei, die vom Fensterrahmen herrühre. Seinen Angaben wurde jedoch kein Glauben geschenkt und schließlich legte er ein umfassendes Geständnis ab. Mit welcher Ueberlegung Schubert jun. die Tat ausgeführt hat, geht u. a. auch daraus hervor, daß er bereits von zu Hause in der Nacht ein Grabschiefel, das Freitag nachmittag am Tatorte gefunden wurde, mitgenommen hatte, um seinen Vater nach der Tat zu vergraben.

Glauchau. Die Freien Gewerkschaften im Wirtschaftsbezirk Zwickau haben eine Eingabe an die städtischen Behörden und die Amtshauptmannschaften Zwickau und Glauchau gerichtet, in der es heißt: Was gedenken Rat und Stadtorde namentlich an Zwickau und die Amtshauptmannschaften und Bezirksämter von Zwickau und Glauchau zu unternehmen, um den angeführten Zuständen zu steuern, um Arbeiter zu unterbinden und die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir müssen fordern, daß die vorbestimmten Körperlichen Mittel und Wege zu finden versuchen, um eine Besserung der unbaltbaren Zustände herbeizuführen. Zu diesem Zweck werden sie ersucht, bei den Regierungen des Reiches und des sächsischen Freistaates vorstellig zu werden, um auch dort dringend schärfste Maßnahmen gegen Arbeiter und Ueberbeuerung besonders aller Lebensmittel und Verbrauchsartikel zu erreichen.

Frambach. Zum Ueberfall in Schönberg wird noch gemeldet, daß mit dem verhafteten Bankbeamten Kraßsch auch dessen Helfershelfer, der Fabrikarbeiter Johannes Certeil aus Blauen, festgenommen wurde. Kraßsch hatte Certeil eingeweiht und war mit ihm von Blauen nach Schönberg gefahren. Hier hatte Kraßsch die 300 000 Mark schon in eine Brieftasche eingepackt, die der Bankfirma gehörte. Certeil brachte nun Kraßsch die angebliche Verwundung bei und verschwand, während Kraßsch sich theatralisch zu Boden legte, bis Hilfe kam. Certeil will das Geld, das in Blauen geteilt werden sollte, im Walde bei Blauen versteckt haben.

Blauen. Der bei Brennendorf in Böhmen unweit Fiehsen aufgefundenen tote ist der russische Offizier, der vor einigen Monaten hier wegen Schmuggels von Zigaretten

abgeurteilt worden ist, nämlich der Oberleutnant Regabtschew. Als Mörder kommen zwei Russen, ebenfalls ehemalige Offiziere, in Betracht. Als drei waren in Blauen wegen Zigaretten Schmuggels bereits verurteilt worden.

Grötzenhof. Im kleinen Gemeindebezirk sind wegen der von der Linken beantragten Umbenennung von Straßen so schwere Differenzen entstanden, daß jetzt, nachdem alle Vermittlungsvorschläge gescheitert sind, der Gemeindevorstand mit Zustimmung von beiden Seiten die Auflösung des Gemeinderates beim Ministerium beantragt hat.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Reichshilfe für die Gemeinden. In den letzten Tagen haben, wie den „R. N. N.“ aus Berlin gemeldet wird, Verhandlungen zwischen dem Deutschen Städtetag und dem Reich stattgefunden, die sich auf die von den Kommunen immer wieder verlangte Hilfe durch das Reich erstreckten. Die Verhandlungen werden wohl noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Doch hat es den Anschein, als ob das Reich jetzt entschlossen sei, angesichts der trostlosen Aunahme der Großstädte schnelle und weitgehende Unterstützung zu gewähren. Auch die Länder sollen Reichshilfen erhalten, doch sind hierüber die Verhandlungen über das Antragsstadium noch nicht hinausgekommen. Bei den Beratungen über die Reichshilfe für die Städte haben die Vertreter der Regierungen die Aufgabe gemacht, daß Zuschüsse aus Reichsmitteln entsprechend dem Wünsche der Kommunen in Zukunft nicht nur für die Beamten und die städtischen Angestellten gegeben werden, sondern daß die Beihilfen auch auf die nichtstädtischen Beschäftigten ausgedehnt und die jetzt schon gezahlten Sätze für die Beamten und städtischen Angestellten erhöht werden. Das Reich will seine Stützungsaktion auch auf die kommunalen Arbeiter, allerdings mit gewissen Einschränkungen, ausdehnen. Von der Reichshilfe sollen aber alle „erwerbenden Betriebe“ ausgeschlossen werden. Es ist dann bei den Verhandlungen von den Regierungenvertretern auch die Bereitwilligkeit erklärt worden, dem alten Wünsche der Städte nach Beteiligung an der Einkommensteuer stattzugeben. Man hat geplant, den Kommunen 25 Prozent des Steuerlochs von 1920, also etwa sieben Milliarden, zur Verfügung zu stellen. Allerdings dürfte diese Summe nicht annähernd erreicht werden, da von den 28 Milliarden Einkommensteuern aus 1920 erst 24 Milliarden eingegangen sind. Bei der Verteilung soll nach einem besonderen Schlüssel gearbeitet werden. Es ist weiter vorgeschlagen worden, den Städten zur Aufbringung der erforderlichen Finanzmittel eine Beteiligung an der Umsatzsteuer zu gewähren. Da das Reich jedoch aus gewissen Gründen von den zwei Prozent Umsatzsteuer keinen Abbruch zugunsten der Städte machen will oder kann, ist der Plan erörtert worden, die Reichsumsatzsteuer auf 2 plus 1/2 Prozent zu erhöhen und die aus dem Zuschlag sich ergebenden Mittel den Städten und Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Nach Abschluß der Berechnungen soll dann der ganze Plan dem Reichskabinett vorgelegt werden.

Die Konferenz für internationales Recht, die in Buenos Aires stattfindet, wurde durch eine Begrüßungsansprache des Ministers des Auswärtigen an die Vertreter der 40 teilnehmenden Länder eröffnet. Weitere Ansprachen hielten die Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Spaniens. Im Laufe der Sitzung wurde ein Antrag angenommen, der auf die Organisation des Völkerbundes Bezug nimmt. Daraufhin beabsichtigen die französischen Vertreter, sich zurückzuziehen, doch wurde der Zwischenfall schließlich beigelegt. Angenommen wurde ferner mit 31 gegen 22 Stimmen ein von dem englischen Vertreter eingebrachter Antrag, der einen dauernden internationalen Gerichtshof zur Beurteilung der Kriegsschuldsachen vorseht. Der spanische Delegierte stimmte dagegen mit der Begründung, daß es sich um eine politische Frage handle, und daß er das Bestehen des Schiedsgerichts als ausreichend betrachte.

Zum Verbot der „Noten Fälsche“. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, wird die Verbotfrist für die „Noten Fälsche“ von drei Wochen auf zehn Tage herabgesetzt. Die nächste Nummer darf am 30. d. M. erscheinen. Zusammenbruch des Landarbeiterkreises in Oberbarnim. Im Kreise Oberbarnim haben die streikenden Landarbeiter gegen auf allen Gütern die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Gelegtele Streiks. Die Schwierigkeiten in der Metallindustrie Niedersachsens sind dadurch behoben, daß durch die Donnerstag in Götting abgehaltenen Verhandlungen eine Einigung über den Schiedspruch wegen der neuen Löhne für September erzielt worden ist. Der Streik ist damit beendet. Die Arbeit wird am Montag allgemein wieder aufgenommen. — Die ausländischen Speditionsarbeiter in Königsberg nahmen Freitag früh, nachdem eine Einigung erzielt worden ist, die Arbeit wieder auf.

Verbotene Kundgebung in München. Die Münchner Polizei hat die von den Vereinigten vaterländischen Verbänden Münchens für Freitag abend auf dem Königsplatz geplante öffentliche Kundgebung zu dem sogenannten Berliner Abkommen untersagt. — Ein Zug Nationalsozialisten verfuhrte, eine Gedächtnisfeier zu sprengen, die das hapsburgische Zentrum für Herzberger in einem Saale abhielt. Auch hier wurde Polizei eingesetzt, die mit blanker Waffe vorging und die Masse zerstreute. In den Abendstunden herrschte lebhafteste Bewegung auf den Straßen.

Zum Streik der Gas- und Elektrizitätsarbeiter in Halle. Die Gasversorgung in Halle stockt infolge des Streiks der Gasarbeiter. Dagegen wird die Lieferung von Strom durch das ebenfalls betriebsfähige Elektrizitätswerk voll aufrechterhalten. Man verlangt vom Magistrat förmlich die Einsetzung der Technischen Nothilfe, um auch die Gasversorgung wieder bereitzustellen. Bis her hat sich die Verwaltung des Gaswerkes ablehnend gezeigt.

Lichthofmatratze. Die Ministerkonferenz in Marienbad. Ministerpräsident Vaitschik und Ministerpräsident Benesch hatten

Dr. Reppin's Backöl

Freitag in Marienbad eine Besprechung. Die Beratungen dauerten den ganzen Tag. Es wurden alle Fragen der internationalen Politik und besonders diejenigen, die die beiden Länder betreffen, durchörtert. Die Regierungen beider Länder stellten die vollkommenste Uebereinstimmung ihrer Ansichten fest. Schließlich berieten sie über die Frage der Allianz zwischen den beiden Ländern. Auf Grund einer allgemeinen Uebereinstimmung der Ansichten verlängerten und ergänzten sie den früheren Allianzvertrag.

Vermischtes.

Häufige Personen ertrunken. Aus Stinlab wird gemeldet: Durch Kentern eines Fährboots sind 50 Personen, darunter 18 Kinder, ums Leben gekommen.

Windpocken — nicht Schwarz's Pocken. Die von einigen Berliner Morgensbüttlern gebrachte Nachricht, daß in Waldorf ein Fall von Schwarz's Pocken beobachtet worden sei, stellt sich als Irrtum heraus. Es handelt sich um eine schwere Erkrankung an Windpocken, die keinen Anlaß zur Besorgnis gibt.

Mühlendrand in Bayern. Die St. Anna-Mühle in Sünching in Bayern wurde durch ein Großfeuer vollständig eingeebnet. Da auch der große Getreideklo mit rund 15 000 Zentner Getreide vernichtet worden ist, beläuft sich der Schaden auf mehr als 50 Millionen Mark.

Ueberfall der gleiche Zukunft. Ein Schaffner auf einem Londoner Omnibus erhielt durch Verfehlen von einem Gast ein Goldstück zur Beschlagnahme. Er wies die Münze mit Entrüstung zurück, erklärte, er habe niemals ein derartiges Goldstück gesehen und meinte, es müsse wohl eine Fälschung sein. Der Fall wurde aufgeklärt. Der Besitzer des Sovereign hatte sich diesen seit dem August 1914 als ein Amulett in der Tasche angeschlossen. Aber was an diesem Vorfall bezeichnend ist, dürfte die Tatsache sein, daß den Engländern Goldstücke heute ebenso unbekannt sind wie uns.

Rechtliche Änderungen in Erfurt. Die Kriminalpolizei in Erfurt hat umfangreiche Rechtsänderungen, die in der städtischen Getreideklo vorgekommen sind, ausgedeckt. Was jetzt sind drei hässliche Angeheile, ein Mühlenspäher und zwei Badermeister aus Erfurt verhaftet. Die hässlichen Angeheilen haben Kommunalwahl unerlaubt an Private abgegeben. Die Höhe der Unterzahlungen konnte noch nicht festgestellt werden, da die Untersuchungen noch im Gange sind. Die Bevölkerung Erfurts ist durch diese Unredlichkeiten schwer geschädigt worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 26. August 1922.

Der Verlauf der Berliner Verhandlungen.

Berlin. Ueber den Verlauf der Berliner Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskommission läßt sich heute, nachdem Braburn und Manclere nach Paris abgereist sind, noch folgendes mitteilen: Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz hand die Reparationskommission vor der schweren Aufgabe, ein Programm zu liefern, das die stehenden Staatsmänner Europas in London nicht hätten lösen können. Entweder müßte sie also das Moratorium beibehalten; dann aber bekand die Gefahr, daß Frankreich ihr Votum nicht mitmacht. Oder sie lehnte das deutsche Gelübde ab. Sie half sich dadurch, daß sie zunächst einmal weitere Verhandlungen einleitete. Daraus ergab sich die Entsendung Braburns und Mancleres nach Berlin. Hier wurden die Verhandlungen am Montag zunächst auf einer ziemlich breiten Basis geführt. In London hatte sich das französische Verlangen nach „produktiven Pfändern“ sehr bald auf Gold und Kohle konzentriert. Auch in Berlin gelangte man sehr bald dahin, sich mit dieser Pfänderfrage zu beschäftigen. Als hier das französische Garantieverlangen wieder auftauchte, hatte die Regierung von neuem Gelegenheit, zu erklären, daß die Annahme einer derartigen Forderung durch die Reichsregierung unmöglich sei. Darauf wurde der Vorschlag zur Sprache gebracht, der auf der Grundlage der Verpfändung der Zechen und Forsten beruhte, der sich aber von dem früheren französischen Begehren dadurch unterschied, daß nicht der Staatsbesitz als solcher, sondern nur seine Produktion verpfändet werden sollte. Aber bei „schuldhaftem Verfehlen“ war auch hier der Verfall des Pfandes und dessen Uebertragung an die Reparationskommission vorgesehen. Der Vorschlag mußte daher von deutscher Seite gleichfalls abgelehnt werden. Nun wurde von deutscher Seite zunächst unverbindlich angeregt, die Kohlen- und Goldlieferungen durch einen Devisenfond sicherzustellen, aus dem bei einem Rückgang des Markts hätte gedeckt werden können. Man bemerkt sichtlich diesen Sicherungsfonds auf 40 bis höchstens 50 Millionen Goldmark, die in Devisen bis zum 1. Oktober ansehnlich werden sollten. Die französische Regierung zeigte sich indessen nicht geneigt, diesen Weg zu betreten; sie ließ ihn als unannehmbar bezeichnen.

Nunmehr trat die deutsche Regierung mit ihrem neuen Vorschlag hervor, über den wir an der Spitze der Beilage in vorletziger Nummer berichten und der Kohlen- und Goldlieferungsabmachungen mit „Sicherungen“ zum Inhalt hat.

Herabsetzung der englischen Dockarbeiterlöhne. London. Auf der heutigen Dockarbeiterkonferenz wurde bekanntgegeben, daß eine große Mehrheit zugunsten der Annahme der Herabsetzung der Löhne um zwei Schilling täglich vorhanden ist. Die Lohnherabsetzung wird in zwei Teilen erfolgen, und zwar am 1. Oktober und im Juni nächsten Jahres. Die Konferenz erteilte ihre Genehmigung zur Unterzeichnung dieses Abkommens.

Gold 1902.
Der Stoff verwendet.
Er ist gut, billig und lebensfähig.
1 H. Zwickau (Schiffstr.) — 1 Dts. Zwickau — 1 Dts. Zwickau
1 Zwickau — 1 H. Zwickau — 1 Dts. Zwickau
Zwickau — 1 H. Zwickau — 1 Dts. Zwickau
Zwickau — 1 H. Zwickau — 1 Dts. Zwickau
Zwickau — 1 H. Zwickau — 1 Dts. Zwickau

Landwirtschaften jeder Größe, große Güter und Landgasthöfe
bringend zu kaufen gesucht. Für Nachweis sandle bei Abschluß hohe Provision.
Dr. Buchwald, Buchenburger, Herford, 60.

Nutze dein Herdfeuer!

Persil, das selbsttätige Waschmittel

reinigt und bleicht die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.

*) Um alle Vorteile voll auszunutzen, ist die Befolgung der Paket-Gebrauchsweisung nützlich: Persil wird in kaltem Wasser aufgelöst und wirkt am besten ohne Zusatz von Seife und Seifenpulver.

